

BÜRGERNAHE POLITIK  
MIT SACHVERSTAND

## SELBSTVERWALTUNG UND KOMMUNALE FINANZEN

**Neustruktur der Verwaltung.** Landesbehörden sollen nur solche Funktionen wahrnehmen, die unbedingt auf übergeordneter Ebene entschieden werden müssen. Was in der Kommune entschieden werden kann, soll in der Kommune entschieden werden. Verzichtbare Funktionen der Landesdirektion sollen so weit wie möglich auf die Landkreise und kreisfreien Städte übertragen werden. Die einzelne Kommune soll eine „funktionierende, weitgehend selbstverwaltete Einheit“ sein. Dabei muss sichergestellt sein, dass diese Einheiten miteinander möglichst kompatibel sind, damit in Krisensituationen schneller und entschiedener gehandelt werden kann. Bund und Land sollen die Aufgaben bezahlen, die sie auch auf die Kommunen übertragen (Konnexitätsprinzip). **Förderprogramme sollen reduziert und entbürokratisiert werden durch Transparenz, Einfachheit der Antragstellung und Reduzierung der Bewilligungsstellen; frei verwendbarer Grundbetrag** für die kleinen Kommunen (unter 5.000 Einwohner) soll deutlich erhöht werden. Keine Absenkung des Bundesanteils für den Städtebau, stattdessen Erhöhung für Dorferneuerung. Reduzierung von Vorgaben der Europäischen Union auf kommunaler Ebene. Schaffung eines transparenten, ausgewogenen und leistungsfördernden Länderfinanzausgleiches, bei dem die Mittelverwendung projektbezogen erfolgen soll durch Minimierung des bürokratischen Förderdschungels und Auskehren der Einsparungen an die Kommunen. **Aufkommensneutrale Gestaltung der Hebesätze nach Inkrafttreten der Grundsteuerreform.**

## WIRTSCHAFT UND ENERGIE

**Weniger Vorschriften, weniger Bürokratie und schnellere Entscheidungsprozesse**, insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen, **flexible und technologieoffene Programme zur energetischen Gebäudesanierung** inklusive Gebäudetechnik; **Anreize statt Zwangsverordnungen.** Unterstützung der Kommunen bei Gründung von Bürgerenergiegenossenschaften zur Nutzung lokaler Energiegewinnungssystemen (Wind-, Solar- und Geothermie). Abschaffung verdeckter Steuererhöhungen wie **CO<sub>2</sub>-Bepreisung.**

## FAMILIE UND DEMOGRAFIE

Schaffung von **Mehrgenerationenprojekten** als frei zugängliche Begegnungsstätten zur Förderung des Austauschs von Jung und Alt sowie von gemeinsamen Aktivitäten. Förderung und Beratung beim Bau/bei der Errichtung von Mehrgenerationenhäusern unter barrierefreien Gesichtspunkten und Integration von Gemeinschaftsflächen und -räumen.

## LÄNDLICHER RAUM UND INFRASTRUKTUR

Deutliche Vereinfachung bestehender Planungs- und Bauvorschriften, um Infrastrukturprojekte schneller und kostengünstiger umzusetzen, ausreichende Finanzausstattung der Kommunen zum Erhalt und Ausbau von Straßen, Fahrradwegen, Gehwegen und Brücken. Reaktivierung und Ausbau von Bahn- und S-Bahnstrecken zur Anbindung der Regionen an die Oberzentren. Förderung des regelmäßigen öffentlichen Nahverkehrs (Bürgerbusse, Ausbau des Rufbussystems, Abholservices, bessere Vernetzung und Vortaktung von Bus und Bahn, insbesondere des „letzten Kilometers“). Sicherstellung der ärztlichen Versorgung auf dem Land, auch durch Gemeindeschwestern in den Dörfern. Stärkere finanzielle Anreize und attraktive Arbeitsbedingungen für die Niederlassung von Allgemein-, Kinder-, Zahn- und Fachärzten sowie finanzielle Anreize für Apotheken, zumindest mobile Angebote auf dem Land zur Verfügung zu stellen. Erhalt oder Aufbau von privaten Läden für den täglichen Bedarf mit staatlicher Unterstützung, z. B. durch Mietfreiheit oder Sanierungszuschüsse.

## BILDUNG

Schaffung von **bezahlbarem Wohnraum für Studenten.**

## **WOHNEN**

Stärkung des **sozialen Wohnungsbaus auch im Umland der Ballungszentren**, um einen Wohnraum-Mix in den Regionen zu erreichen. Beschleunigung der **Genehmigungsverfahren**, z. B. durch Weiterentwicklung zur digitalen Bauakte. Schaffung von Anreizen für Start-Ups im ländlichen Raum. **Senkung hoher Planungskosten von Wohnbauinvestoren durch Harmonisierung der 16 verschiedenen Landesbauordnungen**. Schaffung eines **Grundstücksfonds für finanzschwächere Kommunen mit einem nachvollziehbaren Bedarf an bezahlbarem Wohnraum**, die aufgrund ihrer Haushaltssituation zumindest vorübergehend nicht in der Lage sind, das Grundstück selbst zu erwerben. Keine weiteren Vorgaben für Bauherren und Eigentümer von Wohnimmobilien und die sofortige Rücknahme des geplanten Verbots von Öl- und Gasheizungen.

## **GESUNDHEIT/PFLEGE**

Erhalt von Standorten medizinischer Einrichtungen durch Förderung medizinischer Gesundheitszentren („Poliklinik“), Hebammenzentralen, Apotheken mit erweiterten Versorgungsangeboten und Gemeindefachärztinnen. Entwicklung neuer Konzepte zur Absicherung der Verfügbarkeit von Haus- und Fachärzten im ländlichen Raum in Zusammenarbeit mit allen Beteiligten des Gesundheitswesens sowie Überprüfung des Weiterbestandes der sogenannten doppelten Facharztschiene.

### **FAZIT**

*Die Freien Wähler sehen Optimierungspotenziale vor allem in einer stärkeren Eigenverantwortlichkeit der Kommunen, um vor Ort und bürgernah die richtigen Entscheidungen zu treffen. Zusätzlich soll vor allem eine Beschleunigung von Genehmigungsverfahren und ein Abbau von bestehenden Vorschriften den Freistaat voranbringen.*